

**Gut gemeint genügt nicht****Berlins Gedenkstätten brauchen ein Konzept / Von Ulrich Herbert**

**Mit der Vollendung des Holocaust-Mahnmals und dem Neubeginn bei der Topographie des Terrors stehen die Berliner Gedenkstätten an einem Wendepunkt. Sie brauchen weder Frühstücksdirektoren noch neue Beiräte, sie müssen vielmehr ihre Arbeit professionalisieren und ihre Perspektive erweitern. Die Zeit dafür ist jetzt so günstig wie noch nie.**

Vier Berliner Gedenkstätten will die Bundesregierung in einer öffentlich-rechtlichen Stiftung "Dokumentation der NS-Verbrechen" zusammenführen: die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (mit dem Ort der Information), die Stiftung Topographie des Terrors, das Haus der Wannsee-Konferenz und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Die einzelnen Institutionen sollen nach dem Plan von Kulturstatsministerin Weiss selbständig bleiben, mit je eigenem Leiter und wissenschaftlichem Beirat, darüber eine Art von Koordinationsdach mit kaufmännischem und womöglich auch wissenschaftlichem Leiter; letzterer vermutlich im Nebenamt.

Dieser Entwurf ist als Grundlage sicher geeignet, gewachsene Strukturen der öffentlichen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in Berlin zu verstetigen und zu koordinieren - vorausgesetzt, daß man diese gewachsenen Strukturen für gut und eine Verstetigung also für richtig hält. Da bin ich skeptisch. Sollte nicht besser nach einem Weg gesucht werden, durch den die öffentliche Präsentation deutscher Geschichte zwischen 1933 und 1945 verbessert werden kann?

Wie in Westdeutschland, so verdanken sich auch in Berlin die meisten Gedenk- und Informationsstätten zur Geschichte der NS-Herrschaft privaten geschichtspolitischen Initiativen. Diese Entwicklung begann in den frühen achtziger Jahren. Damals bildeten sich überall Bürgerinitiativen, Geschichtsvereine und Schülergruppen. Sie erforschten die Geschichte einzelner Verfolgungsorte, stellten Informationstafeln auf und etablierten nach und nach Orte des Gedenkens, aus denen vielfach schließlich Gedenkstätten wurden - ein Prozeß der aktiven und kritischen Aneignung der Geschichte durch die Bürger selbst. Als das Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiter unvermeidlicherweise nachließ, entstanden vielerorts halbprofessionelle Strukturen: ein paar, meist zu wenige, festangestellte Mitarbeiter; ein Beirat aus Wissenschaftlern, "Zeitzeugen" und Aktivisten der ersten Stunde. Das Ethos des staatskritischen, zivilgesellschaftlichen Engagements der Bürger für die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen, das die Anfangsjahre getragen hatte, ließ sich dennoch nicht dauerhaft konservieren. Als die Patina des Bürger-Engagements zu verblassen begann, erkannte man, wie gut gemeint, aber doch auch wie amateurhaft vieles war.

Die meisten Ausstellungen, die aus diesem Umfeld stammen, sind zu Teilen oder überwiegend wissenschaftlich und museumsdidaktisch nicht mehr auf dem neuesten Stand - das gilt auch für die Wannseevilla, die "Topographie" und die Widerstandsgedenkstätte. Wer einmal die dort gezeigten Ausstellungen mit dem vergleicht, was jetzt in Paris, London, Budapest, Jerusalem oder gar in Washington zu diesen Themen zu sehen ist, wird dem kaum widersprechen können. Diesen Zustand nun, gestützt auf Bundesgeld, durch die bloße Koordination des Überkommenen einfach fortzuschreiben und zu petrifizieren, halte ich für problematisch. Wer auch immer als

Koordinator an der Spitze einer Bundesstiftung stünde, würde keine eigenständigen Konzeptionen entwickeln können, ohne sich den geballten Zorn der einzelnen Institutionen einzuholen. Der Vorschlag aus dem Amt der Kulturstaatsministerin scheint mir nicht praxistauglich, er ist entweder auf eine schwache Besetzung oder auf einen Dauerkonflikt ausgerichtet.

Ein zweites Problem besteht in der spezifischen Perspektive, die bisher eingenommen wurde: Sie ging zumeist von der Authentizität der Orte aus und war dadurch regional. Das war auch unabdingbar, denn auf diese Weise wurde der bis in die siebziger Jahre vielfach vorherrschende anonymisierende und unkonkrete Umgang mit der NS-Zeit konterkariert. "Nicht irgendwo, sondern hier bei uns" oder "Das KZ-Außenlager in der Humboldtstraße" hießen Bücher und Ausstellungen damals. Mittlerweile gibt es Hunderte solcher Gedenkorte in Deutschland, vielleicht sogar mehr als tausend. Ihre Leistungen für das öffentliche Gedächtnis sind unübersehbar. Aber auch die Defizite: Solche Gedenkorte und Ausstellungen sind ortsbezogen, auch der Kontext ist in der Regel regional. Eine integrierende Perspektive, welche den Zusammenhang zwischen dem örtlichen Geschehen und der Politik des Regimes insgesamt und zwischen den verschiedenen Ebenen und Richtungen der nationalsozialistischen Verfolgung aufweist, besaßen diese Initiativen naturgemäß nicht.

Damit verbunden ist die durch die regionale Begrenzung determinierte Auswahl der NS-Verbrechen und ihrer Opfer. Im Mittelpunkt standen (und stehen zum Teil immer noch) die NS-Opfer, die in Deutschland verfolgt und ermordet wurden. Die meisten Toten aber, sicherlich mehr als 95 Prozent, sind nicht darunter: weder die europäischen Juden, die in Polen und der Sowjetunion ermordet wurden, noch die sowjetische Zivilbevölkerung - sicher die größte unter den bis heute wenig bekannten Opfergruppen. Und schließlich: die sowjetischen Kriegsgefangenen - mehr als drei Millionen kamen in deutschen Auffanglagern hinter der Front um. Diese Verbrechen, die ja im Kern den Zivilisationsbruch ausmachen, der die NS-Zeit kennzeichnet, wurden nicht innerhalb des deutschen Reichsgebiets begangen, sondern vor allem in Polen und der Sowjetunion. Diese Ausblendungen im Gedenken sind historisch nachvollziehbar, aber nicht hinnehmbar. Das Gedenken an die NS-Zeit ist auf diese Weise regional und nach Opfergruppen sektoriert worden. Die zentrale, die Zusammenhänge erläuternde Perspektive fehlt.

Auf spezifische Weise gilt das auch für die Berliner Situation. Das Haus der Wannsee-Konferenz präsentiert auf engem Raum die Entscheidungsbildung der NS-Spitze bis zum Beginn des Massenmords an den Juden - dies ist nicht der Ort, auch über andere NS-Verbrechen aufzuklären. Noch stärker gilt dies für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, deren Integration in eine "Dokumentation der NS-Verbrechen" sachlich und geschichtspolitisch höchst problematisch wäre. Im "Ort der Information" unter dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas schließlich entsteht eine neue und umfassende Ausstellung zur Geschichte des Holocaust an den Juden, in der die Perspektive der Opfer im Vordergrund steht. In der "Topographie des Terrors" hingegen dominiert die Perspektive der Täter, genauer der Führung von Sicherheitspolizei und SD, die in der Prinz-Albrecht-Straße ihren Hauptsitz hatte und hier die Politik der Verfolgung und Vernichtung im Reichsgebiet und in den von Deutschland besetzten Teilen Europas plante. Die "Topographie" hat zweifellos den weitesten Ansatz, ist aber auf die Täterperspektive konzentriert.

Vor allem aber gibt es diese Ausstellung noch gar nicht, sie soll erst geschaffen werden. Es wäre daher fatal und ganz sinnwidrig, der "Topographie" nun zwar ein Gebäude zu geben, auf das sie seit über zehn Jahren wartet, ihr aber ausgerechnet in

der Phase der Ausstellungskonzeption den wissenschaftlichen Leiter zu nehmen und statt dessen einen nebenamtlichen Koordinator der vier Gedenkstätten zu installieren. Diese künftige Ausstellung, Kern einer zentralen "Dokumentation der NS-Verbrechen" in Berlin, sollte den Blick auf die Geschichte der deutschen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik insgesamt lenken. Eine solche Gesamtsicht auf alle NS-Verbrechen scheint mir vordringlich. Und der Ort dafür kann nur Berlin sein.

Im einzelnen möchte ich daher ein anderes, nicht auf "verwaltungsmäßige Synergieeffekte", sondern auf die Verbesserung der Berliner Ausstellungen zur NS-Geschichte gerichtetes Vorgehen empfehlen. Wannseevilla, "Topographie des Terrors" und der "Ort der Information" überschneiden einander vielfach und sollten unter einer Leitung geführt werden und gemeinsam das Projekt "Dokumentation der NS-Verbrechen" bilden. Der "Ort der Information" unter dem Mahnmahl öffnet seine Ausstellung in wenigen Wochen. Nach meinem Eindruck ist die Erwartung, damit sei die Aufgabe dieser Stiftung erfüllt, falsch. Das Denkmal wird einer der zentralen Anlaufplätze aller Besucher Berlins werden, vergleichbar mit dem Reichstagsgebäude und dem Jüdischen Museum. Die Ausstellung, ursprünglich nur ein politischer und didaktischer Kompromiß, wird eine eigene Dynamik entfalten und fortan der vermutlich meistbesuchte Ort der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik in Deutschland werden.

In einer künftigen ständigen Ausstellung der "Topographie" aber sollte die gesamte Breite der NS-Verbrechen, vor allem die in den besetzten Ländern begangenen, dargestellt werden. Die Perspektive der Täter sollte im Mittelpunkt stehen, aber nicht alleiniger Ansatz der Betrachtung sein. Sie wird so zu konzipieren sein, daß die Ausstellung im "Ort der Information" in diesen Kontext integriert wird. Ihr käme dann die Funktion zu, den schrecklichsten, herausragenden Teil der Vernichtungspolitik zu präsentieren. In diese Struktur, die sich die Darstellung der NS-Verbrechen im Gesamtzusammenhang zur Aufgabe stellt, sollte auch das Haus der Wannsee-Konferenz einbezogen werden. Auf diese Weise würden in Berlin gewachsene Strukturen nicht einfach fortgeschrieben, sondern würde eine neue, exzellente Basis für die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit entstehen. Ihre basisdemokratische Herkunft müßte sie nicht verleugnen, sich aber durchgreifend professionalisieren, was dringend notwendig ist

Ich schlage also vor, Topographie, Haus der Information und Wannseevilla unter gemeinsamer Leitung eines wissenschaftlichen Direktors - oder einer Direktorin - zusammenzulegen. Die neue Ausstellung in der "Topographie" sollte als Darstellung der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik insgesamt konzipiert werden und sich darin mit dem Deutschen Historischen Museum abstimmen.

Wenn der Primat der neuen Struktur lautet: Es muß alles neu gemacht werden, doch ändern darf sich nichts, wird man die Selbständigkeit der Institutionen, ihrer Leiter, Beiräte, Kuratorien und Mitarbeiter als oberstes Ziel ansehen, so wie es der Entwurf aus dem Haus der Kulturstaatsministerin tut. Tatsächlich aber bedarf es einer wissenschaftlichen, museumsdidaktischen sowie organisatorischen Neukonzeption für die zentrale Dokumentation der Geschichte der NS-Verbrechen in der deutschen Hauptstadt. Die Voraussetzungen dafür sind jetzt so günstig wie nie.

*Der Autor lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg.*